pedocs
Open Access Erziehungswissenschaften

DIPF

Webler, Wolff-Dietrich

"Wettbewerb in der Wissenschaft" – Fluch oder Segen? Fördern oder vermeiden? Eine Einordnung

Webler, Wolff-Dietrich [Hrsg.]: Überzogener und überhitzter Wettbewerb in der Wissenschaft I. Wissenschaftsförderung und ihre Irrwege. 2., überarbeitete Auflage. Bielefeld : UVW UniversitätsVerlagWebler 2024, S. 3-28. - (Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis; N. F. 43)

Quellenangabe/ Reference:
Webler, Wolff-Dietrich: "Wettbewerb in der Wissenschaft" – Fluch oder Segen? Fördern oder vermeiden? Eine Einordnung - In: Webler, Wolff-Dietrich [Hrsg.]: Überzogener und überhitzter Wettbewerb in der Wissenschaft I. Wissenschaftsförderung und ihre Irrwege. 2., überarbeitete Auflage. Bielefeld : UVW UniversitätsVerlagWebler 2024, S. 3-28 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-308545 - DOI: 10.25656/01:30854; 10.53183/97839460175471

https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-308545
https://doi.org/10.25656/01:30854

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen und die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrags identisch, vergleichbar oder kompatibel sind.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work or its contents in public and alter, transform, or change this work as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. New resulting works or contents must be distributed pursuant to this license or an identical or comparable license.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

„Wettbewerb in der Wissenschaft“ – Fluch oder Segen? Fördern oder vermeiden? Eine Einordnung

Wolff-Dietrich Webler

Einleitung

Ein solcher Band richtet sich längst nicht mehr nur an ein Fachpublikum der Hochschulforschung oder diejenigen, die über ihre eigene Drittmittelabhängigkeit als Projektleiter:innen oder -angestellte reflektieren wollen. Von Hochschulleitungen über Forschungsreferent:innen bis zu Politiker:innen im Bereich Hochschule und Wissenschaft kann mit Interesse an dem Gesamtthema und an einzelnen Beiträgen gerechnet werden. Der vorliegende Text hat daher die Funktion, Entwicklungszusammenhänge in Erinnerung zu rufen, die möglicherweise nicht immer präsent oder individuell nicht vollständig bekannt sind – also einen gemeinsamen Bezugsrahmen herzustellen.

Der Plan zu diesem Band ist entstanden, als die Konsequenzen aus Formen und Intensität des Wettbewerbs in der Wissenschaft immer klarer sichtbar wurden und infolge dessen Für und Wider immer stärker aufeinander prallten. Es ging um die Grundfinanzierung der Wissenschaft (insbesondere an Hochschulen) und in Wettbewerbsform einzuwerbende weitere Mittel – eine Strategie, die z.T. rundheraus als unpraktikabel und z.T. als unberechtigt abgelehnt wurde. Dort wurde betont, dass Erkenntnisprozesse zunächst einmal autonom ablaufen, jeweils eigene Ziele verfolgen und nichts mit Wettbewerb zu tun haben. Nur in Ausnahmefällen gehe es um einen Wettlauf um gleiche Erkenntnisziele – wie etwa bei der Entwicklung der Atombombe durch Forschungsgruppen in den USA und Deutschland (Webler 1983, S. 49ff.).

Da die einen Wettbewerb befürwortende Seite entweder identisch war mit der die Vorhaben finanzierenden Seite oder von dieser Konstellation als Empfängerin von Forschungsmitteln stark profitierte, gab es außer dieser Mehrheitsmeinung zwar immer wieder kritische Artikel, aber es fehlte ein Ort, an dem die Kritik in ihrer Vielfalt der Perspektiven und Sorgfalt der Aufbereitung gesammelt und übersichtlich dargestellt werden konnte. Da entschloss sich der heutige Herausgeber, diese Stimmen in einem Sammelband zu bündeln. Das Ergebnis liegt nun vor. Die Beiträge bringen Licht in die z.T. unübersichtliche Situation, fassen den Zustand des üblichen Wettbewerbs zusammen, soweit er negative Formen angenommen hat, verleihen aber auch den Gegnern der Hierarchisierung und den Kritikern der Art der Mittelzuweisung eine Stimme. Deren Position wird in Analysen und Argumenten ausführlich begründet – *kaum gegen jeden Wettbewerb in der Wissenschaft gerichtet, aber gegen bestimmte Ausprägungen.* Insofern handelt es sich im vorliegenden Sammelband nicht um eine aufeinander aufbauende,

arbeitsteilige Bearbeitung des Themas, sondern um eine Sammlung voneinander unabhängig entstandener Perspektiven. Die hier versammelten Beiträge sind aus unterschiedlichen Kontexten und Wettbewerbserfahrungen heraus verfasst. Das wurde bei der Entwicklung dieses Bandes als Bereicherung der Perspektiven vermerkt und kein Versuch gemacht, dies zu homogenisieren. Auch wurde darauf verzichtet, die 11 Beiträge dieses Bandes im Sinne eines editorial hier einzeln vorzustellen; dies wäre zu umfangreich gewesen.

An dem vorliegenden Band haben sich zu einem der meistdiskutierten Themen der letzten Jahre auch eine Reihe älterer Hochschulforscher:innen und Hochschulpolitiker:innen beteiligt, die in ihrem Beitrag Jahrzehnte ihrer Arbeit resümiert haben. Solche Bilanzen haben es an sich, große Überblicke zu zeigen, für die die Autor:innen selber als Zeitzeugen die Merkmale einer Quelle beanspruchen können. In deren Texten ist nicht jede Aussage, jede Interpretation mit einem umfangreichen Apparat von Literaturnachweisen belegt, denn sie bedienen sich keiner Zitate, sondern bieten ihre resümierende Sicht an, wie dies auch in den Lehrveranstaltungen geschieht. Sie stellen selbst einen Beleg dar. Oft haben sie schon vorher Texte veröffentlicht, die als Standardwerk in diesem Themenbereich gelten. So könnten sie permanent auf eigene Publikationen verweisen, was aber eher vermieden wird. Im Übrigen sind solche Einschätzungen und Überblicke im wissenschaftlichen Diskurs selbstverständlich jedem Widerspruch offen. Solche „Einschätzungen“ zu Entwicklungsabschnitten beanspruchen den Rang typischer Geschichtsschreibung und tragen mit ihren Querverweisen zu einem Verständnis von Zusammenhängen bei, das eine Fülle schmalerer empirischer Studien mit eingeschränkten Wechselwirkungen häufig nicht erzeugen kann. Auch führen solche Darstellungen oft zu neuen Forschungsfragestellungen.

Zum Alltagsverständnis von Wettbewerb als Vergleich in Rivalitätskontexten

Wir betrachten das Wettbewerbsverständnis und seine Grundmuster, um Normalität besser von Übersteigerungen abgrenzen zu können. Das Alltagsverständnis von Wettbewerb sowie die Einschätzung von Nutzen, Fehlentwicklungen und Schaden kann weit auseinander liegen. Daher werden hier zunächst einige einfache Zusammenhänge in Erinnerung gerufen. Eine der ersten Aufgaben besteht darin, die sehr unterschiedlichen, mit dem Begriff belegten Vorgänge zu sortieren, begrifflich zu präzisieren und differenziert deutlich zu machen, dass nicht jede Kritik an Wettbewerb in der Wissenschaft mit der generellen Ablehnung eines Leistungsvergleichs gleich zu setzen ist, aber oft mit Kritik an seinen Formen. Weiter, dass seine gezielte Verwendung in bestimmten Zusammenhängen trotz guter Erfolge nicht dazu berechtigt, Wettbewerb für einen Großteil der Ressourcenverteilung einzusetzen und schon gar nicht als Täuschungsmanöver dienen darf, um unter Berufung auf das Leistungsprinzip zu verdecken, dass mit seiner Hilfe auch von

dem erheblichen Mangel abgelenkt wird, kontinuierliche Kernaufgaben der Wissenschaft ihrer Funktion entsprechend flächendeckend zu finanzieren.

Der Vergleich eigener Leistungen mit denen von anderen und mit Leistungen eigener früherer Entwicklungsstadien ist ein Ablauf, der Menschen ein Leben lang in verschiedenen Formen begleitet. In der Kindheit erworben, eingeübt in der Schule, im Beruf bei Bewerbung, Beförderung und Ehrung ist er allgegenwärtig. Dabei lassen sich einige Muster schon in der Kindheit beobachten, die als Muster ohne allzu große Veränderung auch bei Erwachsenen wieder beobachtbar sind. Bei näherer Betrachtung ergeben sich aber große Unterschiede in Ausprägung, Eignung und Wirkungen.

Der erste Schritt zu Wettbewerb besteht in einer Selbsterprobung an einer Aufgabe, gefolgt als nächste Stufe durch den Vergleich mit einem vorausgehenden Versuch der gleichen Person. Als dritter Schritt könnten die vorliegenden Selbsterprobungen mit dem Versuch einer anderen Person zur Lösung der gleichen oder ähnlichen Aufgabe verglichen werden. Dabei geht es nicht nur um den Sachstand (wer hat die bessere/schnellere Lösung), sondern auch um die Chance, daran zu lernen.

Die benachbarten Begriffe „Vergleich“ und „Wettbewerb“ unterscheiden sich dadurch, dass der Vergleich einen Status feststellt, der zunächst folgenlos bleiben kann. Im Wettbewerb geht es um einen Vorteil, den der Gewinner erlangt.

Leistungskriterien im Wettbewerb

Zentral für jeden Vergleich sind die Kriterien. Je nach Relevanz des Vergleichs hätten sie auch steuernde Funktion, denn sie sind i.d.R. vorher bekannt. Kriterien liegen auch Berufungen zugrunde und sind seit Jahrhunderten umstritten. Einerseits geht es darum, ob hier ein reines Selbstergänzungsrecht der Wissenschaft vorliegt (was – als Auswahlkriterium – bisher regelmäßig dann dem individuellen Forschungserfolg nach innerwissenschaftlichen Kriterien folgt) oder die Kriterien ausschlaggebend sind, die der Träger und Initiator des ganzen Wissenschaftssystems und damit der Hochschulen definiert: Der Staat. Wenig bekannt: Wilhelm von Humboldt wollte innerwissenschaftliche Prozesse von Direktiven frei halten. Aber Berufungen waren Sache des Staates. Da waren nicht einmal Berufungsvorschläge erwünscht (Webler 2008).

Selbstverständlich hat der Staat nichts gegen hervorragende Leistungen in der Wissenschaft. Aber er erwartet von Hochschulen bzw. deren Mitgliedern (mit unterschiedlicher Gewichtung) noch wesentlich mehr Leistungen – vorweg die Erwartung, den Forschungsstand auf seine Verwendung in der Praxis (insbesondere in berufliche, aber auch private und gesellschaftliche Praxis) zu transponieren, in lern-geeignete Studiengänge zu transformieren und in geeignete Lernzusammenhänge einzubringen. Darunter ist wesentlich mehr zu verstehen als die Formel „in Lehre und Studium“. Dazu gehört für Studierende nicht nur zu verstehen, wie wissenschaftliche Erkenntnisprozesse ablaufen, sondern auch, was eine Wissen-

schaftsdisziplin ausmacht. Dazu gehört aber auch der Transfer aus dem traditionellen Studium einer Wissenschaftsdisziplin, das Universitäten als Lehre anbieten, hinein in einen praxisqualifizierenden Zusammenhang. Wie eine unendlich lange Debatte gezeigt hat, weigert sich bisher die Mehrheit der späteren Professor:innen in Deutschland zu lernen, diesen Teil ihrer Aufgaben auf professionellem Niveau (d.h. auf der Höhe der Lehr-/Lernforschung) auszuüben, Prüfungen testtheoretisch einwandfrei durchzuführen[1] und diese Fähigkeiten mit Gewicht in die Berufungskriterien aufzunehmen. In Großbritannien und Skandinavien sind diese Fähigkeiten inzwischen berufungsentscheidend geworden, wie der Verfasser in seinen Studien auch selbst festgestellt hat. Zumindest in Großbritannien auch deshalb, weil durch hohe Studiengebühren ein wesentlicher Teil der Gesamtfinanzierung der Hochschule erzielt wird. Im Wettbewerb um (vor allem auch ausländische) Studierende wird lernorientierte Lehre (shift from teaching to learning) daher zu einem Wettbewerbsvorteil.

Weitere Anmerkungen zu variierenden Begriffsverständnissen

Am häufigsten im Alltag anzutreffen ist als Begriffsverständnis für Wettbewerb ein Streben von mehr als einer Person nach einem knappen Gut, das dem-/derjenigen winkt, die nach jeweiligen Vergleichskriterien am besten abschneidet. Die gebende Seite bestimmt das Ziel (in Form eigener Erwartungen) und die Kriterien ihrer Erfüllung. Das ganze hat A) Vorbedingungen (Knappheit eines Gutes; Teilnahmeberechtigung als Startbedingung), B) Prozessbedingungen (Zulassungszahlen; Spielregeln) und C) nicht zuletzt bilanzierende Leistungs- bzw. Erfolgskriterien, um das knappe Gut am Ende den Gewinnern zuweisen zu können. Nicht ganz selten sind Sonderbedingungen zu beobachten: Teilnahme nicht mit einem Sieg als Ziel (also keine unmittelbare Rivalität bei der Zuweisung knapper Güter), sondern zunächst nur, um eine Standortbestimmung vorzunehmen – als friedlicher Vergleich. Vergleiche stellen nicht immer Verteilungsmechanismen für knappe Güter dar. Wettbewerbe sind regelmäßig auch Lerngelegenheiten zur Beurteilung der Berechtigung (Angemessenheit) von Vergleichskriterien. Und für die Beteiligten immer auch Lerngelegenheit zum eigenen Leistungsvermögen. Wenden wir uns den „knappen Gütern“ zu. Sie sollen meist den leistungsstärksten Teilnehmer:innen zugesprochen werden. Sie könnten aber auch den Bedürftigsten zufallen (Beispiel: Die Tafeln mit ihren Lebensmittelzuteilungen). Dann müsste allerdings auch das jeweilige Ausmaß der Bedürftigkeit erst festgestellt werden. Häu-

[1] Der Verfasser hat in 45 Jahren unterschiedlicher Weiterbildung immer wieder erlebt, dass Teilnehmende ihre geschriebenen und von ihnen bewerteten Klausuren mitbrachten. Sie wurden testtheoretisch analysiert (insbesondere zur Frageformulierung, Einordnung und Bewertung der Schwierigkeitsgrade) – mit erschreckenden Ergebnissen! Die Noten hätten vielfach angefochten werden können.

fig wird dort aber der Einfachheit halber die Reihenfolge der Anmeldung zugrunde gelegt. Für Lerngelegenheiten zum eigenen Leistungsvermögen gilt, dass bestimmte Formen von Wettbewerb nicht nur normal, sondern geradezu notwendig sind.

Wettbewerb wird als natürlicher Impuls und als externer Anreiz eingesetzt. Dass Wettbewerb leistungssteigernd sei, ist eine verbreitete Überzeugung. Menschen reagieren darauf aber sehr unterschiedlich. Der dabei empfundene Druck (Erfolgserwartung durch die Umgebung, manchmal durch uns selbst) lähmt die einen und lässt sie hinter ihre sonst gewohnte Leistungsfähigkeit zurückfallen, während er bei anderen zusätzliche Kräfte mobilisiert, wie körperliche Kräfte, Kreativität, Zielorientierung usw. Dementsprechend wird von den einen ein Wettbewerb als abträgliche Bedingung abgelehnt, von den anderen als zusätzlicher Motivator u.U. begrüßt. Diese unterschiedlichen Reaktionen psychoanalytisch weiter aufzuklären, ist für unseren Zusammenhang zunächst nicht notwendig. Dass sie allerdings mit Erfolgs- bzw. Misserfolgserfahrungen zusammenhängen, liegt nahe.

Vergleiche können antreiben. Einige einfache Muster des Wettbewerbs

Sich mit anderen zu vergleichen ist normaler Teil der Identitätsbildung schon bei Kleinkindern in Deutschland. Wenn eigene Merkmale gleich erscheinen mit denen anderer Kinder, kann das Vertrauen schaffen, Selbstbewusstsein bestätigen, ein friedliches Zusammensein fördern. Veränderungsdruck besteht nicht. Wenn eigene Merkmale in irgendeinem Zusammenhang günstiger sein sollten als bei anderen, wird natürlicherweise versucht, diesen Vorsprung zu halten. Die anderen Beteiligten werden in ihrem Verhalten auch daraufhin beobachtet, ob von dort Veränderungen angestrebt werden. Gegebenenfalls muss reagiert werden. Zeigen sich Unterlegenheiten, dann wird häufig versucht, sie aufzuholen. Das sind einfachste Zusammenhänge von Wettbewerb. Solange dieser Vergleich nicht mit dem Versuch verbunden wird, den Teilnehmer:innen Wettbewerbsnachteile beizubringen – also unfaire Mittel einzusetzen, können die Vergleiche zu beiderseitigen Leistungssteigerungen führen.

Der Drang zum Vergleich ist zunächst einmal natürlich. Denn viele Lernvorgänge beginnen mit Imitation. Schon in frühkindlichem Alter erproben sich Kinder, um eigene Fähigkeiten zu testen und zu erfahren, was sie sich zutrauen können. Das ist in der ersten Phase ein Erprobungsprozess mit sich selbst – ohne oder in einem eingeschränkten Vergleich mit anderen Kindern – nur im Vergleich mit der Größe der Aufgabe (z.B. aufrecht laufen können). Dieses Selbst-Vertrauen ist auch wichtig, um einschätzen zu können, wie viel selbst verantwortete Hilfe anderen angeboten werden kann, ohne dass den Adressaten der Hilfe etwas Negatives zustößt.

Da Menschen in sozialen Kontexten leben, suchen sie zweierlei: a) Aufnahme in Partnerschaften als gleichberechtigte Partner:in, Zutritt zu Gruppen durch Anerkennung (Voraussetzung des Dazu-Gehörens) – das kann darin bestehen, zur Gemeinschaft etwas beizutragen – und b) den Vergleich – vermutlich, um sich in formelle und informelle Rangreihen einordnen zu können. Hier gelten Anerkennungs-/Leistungskriterien, die durch Vergleiche zustande kommen, denn dies ist notwendig, z.B. um einschätzen zu können, wie viel die Person kann.

Schülerinnen und Schüler erfahren in der Schulzeit nicht nur, ob und wie gut sie die Unterrichtsziele erreicht haben, sondern sie bilden aktiv (z.B. nach Beliebtheitskriterien, sportlichen Leistungen usw.) Rangreihen oder finden sich in Rangreihen wieder – entweder von den Lehrer:innen bei der Rückgabe von Klassenarbeiten gefördert oder informell. Das untere Ende solcher Reihen durch Gruppenmitglieder besonders herabsetzend zu kommentieren (als Mobbing), ist allerdings eine relativ neue Erscheinung und verschärft (für die negativ Betroffenen) die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Gruppe o.ä. Und je nach Selbstbewusstsein und Selbstzweifeln wird auch gefragt: Ist meine Leistung angemessen? Gehöre ich dazu? Von Anfang an verbunden mit der Frage: Woran mache ich – macht meine Bezugsgruppe – das fest? Also die Frage nach den Indikatoren, die meist von der Peer group festgelegt werden. Das reicht bis in von dort festgelegte Mutproben hinein, vor allem für die männlichen Mitglieder. Hier wird es dann grenzwertig, weil mit den willkürlich festgelegten Kriterien gesteuert werden kann. Insgesamt ist dies ein normaler Vorgang in Schule und Sport, der sich auch historisch oft wiederholt hat.

Werden die Wettbewerbsbedingungen von außen positiv verändert (z.B. durch Ressourcenzufuhr oder die Reduzierung von Hindernissen) – bei Gleichbehandlung der Beteiligten – dann kann die Geschwindigkeit der beiderseitigen Leistungssteigerung erhöht werden. Führen die Rahmenbedingungen – gewollt oder ungewollt – zu unterschiedlich günstigen Handlungsbedingungen der Beteiligten, wird auch von den potentiell Unterlegenen immer noch Gleichstand angestrebt, aber das ist mit ungleich höheren Anstrengungen verbunden. In diesen verschiedenen Lagen geht es regelmäßig um Gleichstand bzw. Verstetigung der Verhältnisse.

Das gilt auch für die Wissenschaft. Einerseits sind die freiwillig aufgrund eigener Ziele gesuchten und mit eigenen Erfolgskriterien versehenen und andererseits die durch extern gesetzte Umstände (hier Mangel an Forschungsmitteln) aufgezwungenen Anstrengungen ebenso zu unterscheiden wie Anreize (Belohnungen), die eigenes Handeln auslösen und deren Erfolgskriterien extern vorgegeben sind. Dem defizitären Teil solcher Wettbewerbskonstruktionen soll sich hier in diesem Band zugewandt werden. Zunächst werden Alltagsbeobachtungen herangezogen, bevor sich im Zusammenhang mit dem Wettbewerb in der Wissenschaft dann genaueren Analysen zugewandt wird.

Wettbewerb kann für eine natürliche Begleiterscheinung der Erkenntnissuche gehalten werden – auf bestimmte Gegenstände und Fragestellungen bezogen. Neugier ist der Motivator. Wir beobachten aber, dass Ungleichheit der For-

schungsbedingungen nicht nur festgestellt wird, sondern daraus – insbesondere von der Hochschul- und Finanzpolitik – gegensätzliche Schlussfolgerungen gezogen werden. Statt Schwächen – festgestellt in der Differenz zu Qualitätsstandards – zum Anlass für finanzielle und konzeptionelle Investitionen zu nehmen mit dem Ziel der Kompensation bzw. der Verminderung der Differenz, werden sie zur Begründung der Fortschreibung von Leistungsdifferenzen benutzt. Statt ausreichender Finanzierung für alle werden Anreize für wenige angeboten. Oder anders ausgedrückt: Das Ganze dient auch noch zur (Schein-)Rechtfertigung der Unterfinanzierung der Hochschulen, indem nur die Besten besser ausgestattet werden und der Abstand erhöht wird, statt ihn durch Investition zu reduzieren. Die Erzeugung bzw. Erhöhung von Differenz ist ein typisches Muster ökonomischer Auffassung von Wettbewerb. In gesellschaftlichem Interesse wäre stattdessen nahe Vergleichbarkeit bei der Bildung und Ausbildung der nächsten Generation. Ob dies tatsächlich als Entwicklungsrichtung und ihre Folgen gewollt ist, steht zur Prüfung an. Die politisch gewollte Ungleichheit der Hochschulen – meist auf der Ebene der Forschung ausgetragen – verträgt sich nicht mit ihrem Auftrag in Lehre und Studium. Hier findet also – absichtlich oder nicht – eine schleichende Trennung von Forschung und Lehre statt. Alleine dies wäre schon als Anlass für einen kritischen Diskurs ausreichend.

Begriffliche Differenzierungen für Wettbewerb

Wir beobachten vielfach übertriebenen Wettbewerb bzw. Überhitzungen und überzogene Vorgänge. Wie stehen sie zu anderen, ähnlichen Begriffen, wie Rivalität? Wird nur verglichen oder wird die andere Seite auch benachteiligt? Im Internet werden gleich mehrere entsprechende Definitionen angeboten: „**Wettbewerb** ist in der Wirtschaft, Wirtschaftswissenschaft und insbesondere auf Märkten ein antagonistisches Marktverhalten, bei dem sich mindestens zwei Anbieter (mit dem Ziel der Gewinnmaximierung) oder Nachfrager (mit dem Ziel der Nutzenmaximierung) gegenüberstehen und ihr jeweiliges Ziel zu Lasten des anderen durchzusetzen versuchen.“[2] Allgemeiner ist festzustellen: „Obwohl der **Wettbewerb** das Kernelement einer Marktwirtschaft darstellt, fehlt es an einer einheitlichen Definition. Allgemein ist **Wettbewerb** das Verhalten mehrerer Personen, das dadurch gekennzeichnet ist, dass die eine das zu gewinnen strebt, was auch die andere zur gleichen Zeit zu gewinnen strebt.“[3] Oder auch: „etwas, woran mehrere Personen im Rahmen einer ganz bestimmten Aufgabenstellung, Zielsetzung in dem Bestreben teilnehmen, die beste Leistung zu erzielen, Sieger zu werden.“[4] „**Wettbewerb** (W) ist ein zentrales Element der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Funktionslogik der Bundesrepublik Deutschland, das neben Vorteilen für

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Wettbewerb_(Wirtschaft)#Definitionen
[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Wettbewerb_(Wirtschaft)
[4] https://duckduckgo.com/?t=ffab&q=Begriff+Wettbewerb&atb=v76-1&ia=web

den Einzelnen auch Vorteile für die Allgemeinheit bringen soll (→ Soziale Marktwirtschaft).“[5] Der vorliegende Band geht vielfältigen Aspekten nach, bezogen auf die Wissenschaftsförderung. In diesem Zusammenhang könnte auch von einem Bieterwettbewerb gesprochen werden mit dem Ziel, durch die Qualität des Antrags knappe Ressourcen der Förderung für eigene Vorhaben zu gewinnen. Angesichts der Unschärfe des Begriffs und des Spektrums von pauschaler Ablehnung (als untauglich für die Förderung der Wissenschaft) bis zur Unterstützung (z.B. als qualitätsdienlich und leistungssteigernd) wird auf diesen Begriff und verwandte Begriffe sowie auf die der Bereitschaft zum Wettbewerb zugrunde liegenden Vorgänge im weiteren Verlauf ausführlicher eingegangen.

Überziehung und Überhitzung – wann kann ein Wettbewerb in Bedingungen und Ablauf als „normal“ bezeichnet werden? Erst dann können die Merkmale und Grade einer Überhitzung und Überziehung und deren Vermeidung bestimmt werden. Wie eingangs schon erläutert: ***Überzogen*** wird hier ein Wettbewerb genannt, wenn der Aufwand, an den Anreiz zu kommen, den Wert dieses Anreizes (etwa einer Fördersumme) deutlich übersteigt; ***überhitzt*** ist er, wenn die Zahl der Bewerbungen die Zahl möglicher Förderungen ebenfalls deutlich übersteigt. Das ist der Fall, wenn bei einer Förderquote von rd. 30% dies als angemessen und die restlichen 70% der Anträge als nicht der Förderung würdig eingestuft werden. Auf diese beiden Merkmale bezieht sich ein großer Teil der Kritik in den Beiträgen. In größerem Detail (als hier eingangs möglich) wendet sich der Beitrag von Otto Hüther und Uwe Schimank in diesem Band diesen Zusammenhängen zu und differenziert die Erwartungen der Gebenden und der Suchenden, die zusätzliche Handlungsmöglichkeiten suchen. ***Überhitzung*** tritt also ein, wenn der Kreis der Berechtigten und Interessierten im Verhältnis zu den zu verteilenden Gütern sehr groß ist. Deren Chancen, einen Anteil zu erlangen, sinken und erfordern immer höhere Anstrengungen. Die Zahl derjenigen, deren Anträge leer ausgehen, steigt – der Versuch, zu den Gewinnern zu gehören, steigert die Investition in den Antrag auf Zuteilung immer weiter. Der Einsatz an Zeit und Kraft wächst (relativ gleichermaßen bei den Beteiligten), ohne dass die Chancen wachsen würden. Ein Verteilungskampf ist die Folge. In der beabsichtigten Forschung ist bis dahin noch kaum ein Schritt getan. Bisher gibt es keine Studie, was aus den leer ausgehenden Anträgen wird.[6] Werden die abgelehnten Projekte geschrumpft und mit Bordmitteln betrieben? Werden sie ganz fallen gelassen? Dann wäre der Verlust an Zeit und Energie – vor allem an Motivation – besonders groß.

[5] https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202213/wettbewerb-wettbewerbspolitik/

[6] Der Verfasser hat schon vor Jahren eine solche Studie bei der DFG angeregt (nicht selbst beantragt), allerdings ohne dass diese Anregung aufgegriffen worden wäre. Wären solche Erkenntnisse nicht willkommen gewesen?

Einordnung in die Zeitachse

Das Thema „Wettbewerb in der Wissenschaft“ hat in den letzten 40 Jahren in Deutschland für besondere Kontroversen gesorgt. Datierungen wirken immer etwas künstlich, weil es sich oft um längere Entwicklungsprozesse handelt, aus denen heraus dann Weichenstellungen erfolgen. Seit 1965 ging es für die nächsten 15 Jahre zunächst um Größenwachstum in der Studienkapazität, als Georg Picht die deutsche Hochschulpolitik durch einen Vergleich mit Frankreich aufgeschreckt hatte („Die deutsche Bildungskatastrophe“). Parallel ging es in der politischen Kritik und Praxiskritik der Studenten- und Assistentenbewegung an der ganzen Ordinarienuniversität und deren Willensbildung auch um die Forschungsstrukturen. Nach grundlegenden Reformen in den Hochschulgesetzen der Länder 1968ff fokussierten sich die Kontroversen in den 1970er Jahren (neben dem Streit der Bundesländer um die Gesamthochschulen) zunehmend auf die Forschungsleistungen. Berechtigt oder nicht und trotz individuell großer Unterschiede zog sich die Forschung an Universitäten in Deutschland von Seiten der staatlichen Forschungspolitik eine steigende Unzufriedenheit an Umfang und Niveau ihrer Ergebnisse zu (Lauer 2024, S. 1). Die empirische Grundlage internationaler Vergleiche verbesserte sich, und für Deutschland hätte sich die Politik bessere Ergebnisse gewünscht. Die Folge waren Änderungen in der Ausstattung der Einzelprofessuren als Berufungszusagen (s.u.) und eine Ausweitung projektgebundener Zusatzmittel (Drittmittel). In den 1980er und 1990er Jahren ging es dann weitgehend um Forschungsstrukturen (Graduiertenschulen, Exzellenzcluster, Exzellenzuniversitäten) mit dem Ziel, einzelne Hochschulen – unter der Überschrift der internationalen Sichtbarkeit – aus den anderen herauszuheben.

Verschärfung bisherigen Wettbewerbs

Während es in der Expansionsphase des Hochschulsystems für die Wissenschaftler:innen relativ leicht war, einen Platz im Wissenschaftssystem zu finden, verschlechterte sich danach die individuelle Bewerbungssituation zunehmend. Die Stelleninhaber waren jung; altersbedingte Nachfolge war kaum zu erwarten. Chancen auf Verweilen im System gab es im Wesentlichen nur in projektbezogenen, befristeten Verträgen. Dabei handelte es sich um Forschungsprojekte. Da es kein individuelles Maß für Lehrkompetenz gab, spielte sie keine Rolle. Oft wurde nicht einmal ein Verzeichnis der gehaltenen Lehrveranstaltungen verlangt. Der Fokus lag auf forschungsbezogenen Publikationen. Und nur dort wurden demzufolge Auswahlkriterien bei Personalentscheidungen gesucht. Die individuellen Entscheidungsbedingungen bei Bewerbungen zu verbessern, löste einen abstrakten Wettbewerb mit unbekannten Teilnehmer:innen aus.

Eine Begriffsdeutung von Wettbewerb wurde eingeführt – aus der Ökonomie stammend – die mit dem traditionellen akademischen Verständnis wenig vergleichbar war. Da die Mittelverteilung an die und in den Hochschulen damit ver-

bunden wurde, löste der Vorgang heftige Kontroversen aus, die bis heute anhalten. Es ging um zentrale Fragen: Wie können Erkenntnisprozesse und deren Kommunikation am besten gefördert werden? Entweder gefördert mit einem angemessenen Startkapital vorweg, mit dem Erkenntnisprozesse autonom kreiert und verfolgt werden können (das war mal die Grundausstattung durch Berufungszusagen) oder mit nachträglichen Belohnungen, abgelesen an nachträglich (z.T. mit Hilfe der Bibliometrie) festgestellten Leistungen, erworben mit Hilfe von Drittmitteln? Und zwischen wem soll der Wettbewerb ausgetragen werden? Sollen Personen, Fachbereiche oder ganze Hochschulen gegeneinander antreten bzw. mit ihren Vorhaben verglichen werden? Geht es um eine horizontale Förderung in der Fläche, also eine ähnliche Leistungsfähigkeit der Hochschulen als Ziel, oder um eine vertikale Förderung, wird also eine Hierarchie angestrebt? Was davon ist besser für die Gesellschaft? Werden die guten Hochschulen immer besser ausgestattet – also eine bestehende Leistungshierarchie vergrößert – oder sollen die Hochschulen untereinander aufschließen, also näher aneinanderrücken können? In den Debatten ging es ausschließlich um Forschung, deren internationale Sichtbarkeit (festgehalten in Rankings) und deren Attraktivität für deutsche und internationale Spitzenforscher:innen. Politisch gewann die Beobachtung an Gewicht, dass Wissenschaftler:innen in Universitäten anderer Länder abwanderten (meist der USA) und nur wenige, in ihrer Forschung hervorragend ausgewiesene internationale Wissenschaftler:innen bereit waren, sich an deutschen Universitäten zu bewerben – und das nicht nur wegen der Sprachbarriere (Gieselmann 2020). In der gesamten Debatte ging es nicht um Lehre und Studium und deren Bedürfnisse. Immerhin sollen die deutschen Universitäten für 1,7 Mio Studierende[7] vergleichbare Bildungsleistungen und berufliche Qualifikation bieten, weitgehend gleichwertige Abschlüsse für den Arbeitsmarkt erzielen – angefangen bei den Lehramtsstudien. Zugespitzt formuliert: Werden durch eine in ihrer Wirkung entsprechend hierarchisierte Lehre und Studium in einer Demokratie systematisch gestufte Klassen von Hochschulabsolvent:innen erzeugt? Die einen für Führungsaufgaben („Harvard-Absolvent:in“), die anderen mehr oder weniger als höher qualifizierte Sachbearbeiter:innen? Kann verantwortet werden, von vornherein unterschiedliche berufliche Chancen für gleichlautende Abschlüsse zu vergeben? Endet die Forderung nach gleichen Bildungschancen dann vor den Toren hierarchisierter Hochschulen? Und welches Bildungsideal, welches Menschenbild steht dahinter? Und weiter: Geht es um systematische Hierarchien der Lehrkompetenz, die gesammelt in einzelnen Hochschulen abgebildet werden, oder „lediglich“ um individuell unterschiedliche Begabungen der Lehrenden? Historisch war eine solche Hierarchie als Nebenfolge des Hausberufungsverbots vermieden worden. Um eine eventuell angestrebte Professur an der Herkunftsuniversität zu erreichen, musste zunächst ein Ruf an eine andere Universität angenommen werden. Selbst der begabteste Nachwuchs musste zunächst externe Rufe annehmen. Das sorgte tendenziell

[7] An allen Hochschulen zusammen 2,92 Mio Studierende im WS 2022/23. Quelle: Stat. Bundesamt.

ebenfalls dafür, dass es zu einer Streuung besonders begabter Nachwuchswissenschaftler über das Universitätssystem kam.[8] Oder anders formuliert: Die Qualität in der Fläche wurde durch das Hausberufungsverbot stark unterstützt. Auf diese Weise kam begabter Nachwuchs (zumindest auf Zeit) auch an eher periphere Universitäten. Und: Nicht für ganze Universitäten gültig, aber in den einzelnen Disziplinen war durch Publikationen, Tagungsbeiträge usw. bekannt, wo der zur Zeit führende Lehrstuhl stand – ganz ohne Zitationsindices, Zitationszirkel, Rankings und ähnliche umstrittene Hilfsmittel. Aber Nachwuchs mit Tenure und Juniorprofessur? Er kann (nach einer Schwelle nach dem Studienabschluss) gleich in der angestrebten Universität bleiben.

Erneut: Was davon ist besser für die Gesellschaft? Was hat das alles mit Markt zu tun – dem Bezugspunkt, der immer wieder eingeführt wird? Vergleiche gab es seit Jahrhunderten zwischen den Universitäten in Deutschland und Europa – und einen Wettbewerb zwischen ihren staatlichen Trägern, zumindest in Deutschland. Da dort die Staatsbeamten ausgebildet wurden, sollten die Hohen Schulen untereinander mindestens gleichwertig sein. Schien das durch die Hohen Schulen im Nachbarland nicht gewährleistet, kam es zu eigenen Neugründungen (wie die Gründung der Universität Göttingen für das Königreich Hannover).

Vielfalt der Perspektiven und der Förderstrategien

Dieser Band vereint in seinen Beiträgen erstaunlich unterschiedliche Perspektiven auf dieses Phänomen. Mal liegt der Fokus auf Strukturen, mal auf dem Verhalten von Individuen. „Förderung suchen“ findet auf unterschiedlichen Aktionsebenen statt. Aktiv werden können Einzelpersonen für ein einzelnes Forschungsprojekt, Teams, ganze Fachbereiche, Hochschulen, Bundesländer und der Bund selbst. Je nach Vorhaben und seinem Umfang werden unterschiedliche Aktionsebenen beteiligt. Sie sollen hier kurz ausdifferenziert werden. Im Laufe des weiteren Textes wird z.T. darauf zurückgekommen.

An Förderstrategien sind zunächt zwei Gruppen zu unterscheiden. Hierbei lassen sich – wenig überraschend – die *intrinsische und extrinsische Motivation* ansprechen und nutzen. In Kategorien der motivationswirksamen Anreize stehen grundsätzlich *interne Anreize* zur Verfügung, die auf Neugier und Faszination zielen, und *externe Anreize*: *immaterielle* Anreize – wie Reputationsgewinne, förmliche Anerkennungen, Preise – und *materielle* Anreize: Mit Hilfe der Fördersumme günstige Rahmenbedingungen schaffen für Sachleistungen im Projekt, Arbeitsbedingungen ausbauen durch die Einstellung von Projektpersonal, Vorteile sammeln für die LOM.

Wenn Förderstrategien betrachtet werden, ist deren Ansatz zu unterscheiden, aus dem das Format resultiert. Hier zeigen sich 7 Ansätze:

[8] Bis zur Promotion einer nennenswerten Zahl von Frauen seit den 1920er Jahren – nur Männer.

- **auf die Person** bezogene Förderung: Aussicht auf umfangreiche Weiterbildung, punktuelle Beratung, kontinuierliche Begleitung, Aussicht auf Aufstieg/Beförderung, auf tenure, Berufungszusagen, Aussicht darauf, ein eigenes Institut aufbauen/erweitern zu können, Aussicht auf Stellenzuwächse
- **auf Teile von Hochschulen** bezogene Förderung (umfangreiche Professur, Abteilung, Fachbereich): LOM
- **auf ganze Hochschulen** gerichtete Förderung
- **auf das Fach als Ganzes** bezogene Förderung (Beispiel Rettung der kleinen Fächer; aber auch Förderung der Elektronik, der Krebsforschung, Beispiel: DKFZ)
- bezogen auf die Hochschulen **eines Bundeslandes**
- **bezogen auf die Hochschulen Deutschlands, gefördert auf Bundesebene**
- **auf die Hochschulen der EU.**

An Förderinstrumenten (Formen der Förderung) werden eingesetzt: Normalverfahren, Programmförderung, Einrichtung von SFBs, Graduiertenkollegs, Exzellenzcluster und die Verleihung des Titels „Exzellenzuniversität". Daneben gelingt es fallweise, private Stiftungen für bestimmte Vorhaben zu gewinnen und – noch neu – mit Hilfe von social media crowd funding einzuführen, wenn ein Vorhaben direktes gesellschaftliches Interesse zumindest einer genügend großen Gruppe potenzieller Förderer zu wecken imstande ist. Staatliche Varianten der Förderung haben das Ziel, Umfang, Qualität und Originalität der Forschung so weit zu fördern, dass internationales Niveau erreicht bzw. gehalten – in manchen Bereichen sogar dessen Führung erreicht wird. Das ist nicht flächendeckend möglich. Denn dieses Niveau wird vielfach auf den nationalen Ebenen im Ausland nur durch hohe Spezialisierung erreicht. Dieses Niveau über das Fächerspektrum hinweg für ein ganzes Wissenschaftssystem ermöglichen zu wollen, würde einen Aufwand erfordern, der kaum aufgebracht werden kann.

Bei derartig vielfältigen und umfangreichen Förderungen ist die Gefahr von Fehlern und Missbrauch groß. Von daher stellen sich auch zweifelhafte Erfolge ein. Wie einige von prominenten Personen verfasste Dissertationen gezeigt haben, bietet die Situation auch Fälschungsanreize. Zu den gängigen Mitteln (weit über Dissertationen hinaus) zählen unausgewiesene Zitate, gefälschte Literaturhinweise, gefälschte Zitationsindices, aufgeblasene Schriftenverzeichnisse, Scheinaufsätze in Fake Journals usw.

Manche Förderprogramme führen in der Kombination aus unzureichender Ausstattung der Antragssteller:innen und thematischem Rahmen zu einer tendenziell einseitigen Steuerung, was auch die Normalförderung nicht ausgleichen kann. Aber es gibt auch unproblematische, ja willkommene Förderungen: Ein Wettbewerb um den Standort von Hochschulneugründungen oder einzelner Forschungseinrichtungen ist willkommen und notwendig. In den Anträgen werden oft nochmal Analysen und Lösungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, die die Entscheidungsqualität verbessern. Auch gibt es Wettbewerb um immaterielle Güter, wie Reputation – etwa bei der Vergabe von Preisen, deren Dotierung eher

Anerkennungscharakter hat, als dass sich damit größere Projekte finanzieren ließen. Mit Hilfe der Programmförderung soll die Aufmerksamkeit bekanntlich auf bestimmte Themengebiete gelenkt werden, die gesellschaftlich besonders relevant erscheinen und in der freien Wahl der Forschungsthemen bisher zu kurz gekommen sind, wie einschlägige Kommissionen festgestellt haben. Im Rahmen dieser Programme sind vergleichsweise nur wenige Vorhaben förderbar – nämlich die, die am besten das Programmziel zu erreichen versprechen. Auch das ist dann unproblematisch. Das setzt allerdings voraus, dass es sich lediglich um ein Korrektiv handelt, im Übrigen aber für diese freie Wahl so viele Mittel zur Verfügung stehen, dass die freie Wahl in der Mehrheit der Fälle möglich bleibt. Das umfasst selbstverständlich nicht die Forderung, im Namen der Forschungsfreiheit über nahezu unbegrenzte Mittel zu verfügen. Auch in der individuellen Planung von Forschungsvorhaben müssen ständig Prioritäten gebildet und entschieden werden.

Allerdings entsteht regelmäßig der Verdacht, dass – zugespitzt formuliert – durch Verknappung von Mitteln und Einschränkung der Realisierungsmöglichkeiten von Forschung (etwa aus der Grundausstattung heraus) die Wissenschaftsfreiheit unzulässig eingeschränkt wird. Aus Mangel an finanzierbaren Alternativen bleibe der Wissenschaft nichts anderes übrig, als auf den gewünschten Themenkreis einzugehen. Das betrifft speziell den Wettbewerb in der Wissenschaft bei der Verteilung von Ressourcen, die als Anreize verwendet werden. Die jeweiligen Kontexte sind sorgfältig zu unterscheiden. Sie führen zu vier verschiedenen Ebenen von Wettbewerb, der sich bisher mit wenigen Ausnahmen (z.B. bei internationalen Rankings) in den Grenzen nationaler Wissenschaftssysteme abspielt. Die Forderung nach internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist gesondert zu betrachten. Zunächst die horizontale oder vertikale Richtung der Initiative: A) Mittelverteilungskämpfe auf der Ebene der Hochschule zwischen Fachbereichen für konkurrierende Vorhaben – also horizontal. Solche Entscheidungen zu treffen wird immer notwendig sein. B) Punktuelle, lokale Initiativen aus Hochschulen heraus mit Wirkungen auf Landes- und Bundesebene, also „von unten, von der Basis her“, in vertikaler Richtung. C) Dann folgt die Planung „von oben“, auf nationaler Ebene. D) Und schließlich geht es um die punktuelle Verstärkung der Mittel in der Fläche, um die Bewirtschaftung des Mangels. Für alle vier Typen von Förderung gelten weitgehend unterschiedliche Entscheidungskriterien in der Auswahl.

Im Fall B) kann aus der lokalen Entwicklung von Forschungsgebieten heraus das Bedürfnis nach einer Schwerpunktsetzung, also einem punktuellen Ausbau entstehen. Das sind die typischen Fälle, in denen ein Sonderforschungsbereich erwogen wird. Dessen thematischer Schwerpunkt kommt dann vielleicht nur einmal in Deutschland vor. In der Entscheidungsvorbereitung ist dann „lediglich“ die Qualität des Vorhabens generell und des Antrags speziell zu prüfen. Da hier die Mittel immer begrenzt sein werden, kann es zu einem „Fernduell“ ganz unterschiedlicher Vorhaben um begrenzte Ressourcen kommen. Hier können wissenschaftspolitische, nicht von der Qualität der einzelnen Anträge abhängige Prioritätsabwägungen innerhalb der gewünschten Wissenschaftsentwicklung oder aus gesamtgesellschaftlichen Interessen oder übergreifenden nationalen Wirtschaftsin-

teressen heraus eine Rolle spielen. Bei Letzteren können auch regionale Entwicklungsinteressen mit entscheiden, wie z.B. bei der kompensatorischen Förderung von Regionen in Ostdeutschland (etwa im ehemaligen Braunkohlerevier) oder ähnlicher regionaler Investitionen im Ruhrgebiet oder an der Saar.

Bei C) sind die Fälle gemeint, in denen aus gesamtgesellschaftlichen Interessen heraus in Deutschland für einen Forschungsschwerpunkt ein einziger oder wenige Standorte gesucht werden. Das war z.B. bei der Suche nach einem Standort für das Deutsche Krebsforschungszentrum der Fall, das dann nach Heidelberg gegeben wurde. Hier kommt es zu Standortbewerbungen – erwünscht und notwendig. Das Gleiche galt ursprünglich auch für die Exzellenzinitiative, denn dort ging es zunächst nur um die Suche nach 1-3 Standorten. Erst in der Weiterentwicklung wechselte das Muster nach D). Und schließlich geht es in D) um die Verstärkung der Mittel in der Fläche, weil die Forschung insgesamt erheblich unterfinanziert ist (was sich vor allem zu Lasten des Personals und der Laufzeit seiner Verträge auswirkt).

Für diese Fälle B) und C) gilt, dass sie vom Ansatz und der Notwendigkeit her als weitgehend unproblematisch zu betrachten sind. Hier stehen keine Übersteigerungs- oder Überhitzungsphänomene zur Diskussion. Bei den Fluten von Verteilungsproblemen im Fall D) allerdings handelt es sich beim Wettbewerb um die Zuteilung von Forschungsmitteln nicht nur um ein pragmatisches Verteilungsmittel für grundsätzlich gleichrangige Vorhaben im edlen Wettstreit, sondern auch um eine systematische Ablenkung von der dramatischen Unterfinanzierung der Hochschulen aus tagespolitischen Erwägungen heraus – also um eine Täuschung. Denn vorgeblich geht es um einen Wettbewerb um die besten (also wenige) Lösungen, während die Anträge aus blankem Mangel gestellt werden. Wegen dieses gewünschten Eindrucks wird auch keine Bewerbung um bessere Ausstattung nach dem Kriterium der höchsten Bedürftigkeit (also höchsten Unterfinanzierung) veranstaltet. Angesichts der Standardleistungen, die alle Hochschulen gleichermaßen erbringen müssen, wäre das ein legitimer Ansatz. Aber hier geraten schon Zuständigkeitskonflikte zwischen Bund und Ländern für die Basisausstattung der Hochschulen in den Blick, und zwar auf Kosten der Qualität des Hochschulsystems insgesamt.

Unerwartete (?) Folgen

Und hier, in den Fällen D), ist es wegen des eklatanten Missverhältnisses zwischen Ressourcenbedarf und verfügbaren Mitteln und auf einer zweiten Ebene der Bedeutung „gewonnener“ Drittmittel als Reputationswährung zu den dramatischen Übersteigerungs- und Überhitzungsphänomenen gekommen, die eine genauere Betrachtung herausgefordert haben. Sie haben sozial gravierende Folgen

für das Projektpersonal mit seinen nur schlecht kaschierten Kettenverträgen[9] und eine unverantwortliche Verteilung der Arbeitszeit zwischen dem Aufwand, Projekte zu entwickeln, Anträge zu schreiben, den realen Forschungsabläufen und dem Aufwand für Berichte und Abrechnung.

Die wissenschaftspolitischen Gründe aus den 1970er Jahren für die Senkung der Grundausstattungen und die systematische Steigerung der Drittmittelanteile sind bekannt. Die heute geltende Erfolgschance von unter 30% für DFG-Forschungsanträge ist mit Qualitätsargumenten nicht zu verteidigen. Sie bedeutet einen unverantwortlichen Umgang mit der hochqualifizierten Ressource „Forschungsexpertise“. Was sind das für Urteile, aber auch Annahmen über das Niveau deutscher Forschung, wenn 70% eingereichter Forschungsvorhaben letztlich für nicht förderungswürdig eingestuft werden, weil mit den verfügbaren Mitteln mehr nicht gefördert werden kann.[10] Es bedeutet im Ergebnis nicht mehr als eine Scheinbegründung für die massive Unterfinanzierung und die mangelnde Einigungsfähigkeit zwischen Bund und Ländern. Diese Zustände, dieses Politikversagen, müssen viel stärker öffentlich bewusst gemacht werden, wenn es um die Zusammensetzung der nächsten Regierung und deren Forschungspolitik geht.

Mit gestiegener Autonomie der Hochschulen und der Stärkung der Hochschulleitungen, von denen einige den höheren Grad der Selbstbestimmung (teilweise) nicht auf die Ebene der Fachbereiche weitergegeben, sondern auf Zentralebene behalten haben, sind hier ebenfalls drei Ebenen mit unterschiedlichen Wettbewerbsüberlegungen entstanden, um in der internen Mittelverteilung Zuwächse zu erhalten. Auf der Zentralebene a) werden im Rahmen der Hochschulentwicklung Möglichkeiten der Profilbildung für die Hochschule beraten – bis hin zur Beteiligung an den Stufen der Exzellenzstrategie. Dazu gehören Versuche, für interne Schwerpunktbildungen (einschließlich transdisziplinärer, neuer zentraler Einrichtungen außerhalb traditioneller, disziplinärer Strukturen) Verfügungsmittel zur Stärkung des Profils im Haushalt zu gewinnen – bis hin zum Austrocknen und Schließen kleiner Fächer, deren Mittel nicht mehr automatisch an den Landeshaushalt zurückfallen. Da das ausschließlich auf lokaler Ebene ohne überregionale Abstimmung geschieht, entstanden in der Vergangenheit schon massive Probleme mit dem Rückgang kleiner Fächer – so stark, dass sich sogar die HRK dieses Problems annehmen musste. b) Zwischen den Fachbereichen entsteht ebenfalls eine Rivalität um zusätzliche Mittel für eigene Schwerpunktbildungen (auch ohne förmlichen Wettbewerb). Und auf Ebene c) wiederholt sich das nochmal als Rivalität zwischen Professuren.

---

[9] Es gibt Strategien, bei mehreren Projekten hintereinander den Arbeitgeber (also die Hochschule) mit einem Arbeitsvertrag zu wechseln, wenn die Gefahr besteht, in das Kettenvertragsverbot zu geraten…. Voraussetzung sind nur enge Kooperationsbeziehungen. Das sind problematische Antworten auf eine problematische Ausgangssituation.

[10] Der Verfasser war 12 Jahre lang Mitglied der zentralen Forschungskommission der Universität Bielefeld, in der viele DFG-Anträge intensiv vorberaten wurden.

Die interne Mittelverteilung beruht – wenn sie nicht einem Modell der LOM mit gemeinsam erarbeiteten und hochschulöffentlichen Kriterien folgt[11] (s.u.) – auf Anträgen, die miteinander konkurrieren und lediglich ihre Dringlichkeit plausibel zu machen versuchen. Aber meistens haben sie keine Wettbewerbsform mit transparenten Grundanforderungen an die Anträge, die als Qualitätsindikatoren dienen könnten. Die Beurteilung erfolgt informell durch die Mitglieder der Haushalts- bzw. Finanzkommission – an manchen Hochschulen auch ohne eingeholtes Votum der zentralen Forschungskommission. Vielfach sind wesentliche Teile der Hochschulentwicklungsplanung, die z.B. zwischen Präsidium/Rektorat und Hochschulrat abgestimmt ist und als Rahmen der Entscheidungen dient, innerhalb der Hochschule zu wenig bekannt, auch wenn sie im Senat vorlag. Oder sie entwickelt zwar Ziele, zeigt auch den Ort geplanter Zuwächse, aber zu wenig die daraus folgenden Lasten (z.B. Umgewichtungen) innerhalb der Hochschule. Die Entscheidungen werden von den Betroffenen im Fall der Ablehnung der Anträge oft wegen mangelnder Nachvollziehbarkeit als ungerecht interpretiert. Solche Planungen haben eine schmale Legitimationsgrundlage, denn sie weisen von oben nach unten. Hochschule bezieht ihre Identität aber (besonders im traditionellen Verständnis einer universitas magistrorum et scholarium) als eine Mitgliederorganisation von unten nach oben, auch wenn von interessierter Seite immer wieder betriebliche Parallelen mit Hierarchien von oben nach unten herangezogen werden.

Außerhalb dieser drei Wettbewerbskonstellationen sind Fälle sichtbar geworden, in denen nicht das Prinzip Wettbewerb als solches problematisiert wurde, aber die Art seiner Durchführung – intransparent und u.U. mit Fehlern und Ungerechtigkeiten. Hier können am ehesten Beiträge zu einer besseren Integration in der Hochschule durch Konsens und auf dem Weg dazu durch mehr Transparenz geleistet werden.

In den nachfolgenden Beiträgen kommen vier Perspektiven zu Wort: A) Forschung (die Betroffenenperspektive), B) Wissenschaftsforschung über ..., C) Wissenschaftsförderung und D) Wissenschaftspolitik mit Fragen künftiger Gestaltung. Dabei wird auch mit jüngeren Autor:innen bewusst über den Kreis der in dem Themenfeld schon länger etablierten Kolleg:innen hinausgegangen, um die Chance weiterer ungewöhnlicher Perspektiven zu erhöhen.

Fördert Wettbewerb, fördern Vergleiche das Leistungsvermögen? Die Vergleiche reichen von der Selbsterprobung ohne äußere Orientierungsmarke („heute wieder eine Minute schneller gewesen“) über friedliche, gemeinsame Vergleiche (unsere Mannschaft war erfolgreicher als die andere), den edlen Wettstreit, bis zu Eifersucht, Rivalität und Krieg. Allein schon die Zahl der Bezeichnungen zeigt, wie viele Gefühlsschattierungen und Abstufungen der Anlässe die Sprache widerspiegelt. Wenn es um Anerkennungen von dritter Seite geht – durch eine Jury etwa oder Reputation in einer (Teil-)Öffentlichkeit – kommt die Bedeutung der

[11] Vgl. den Beitrag von Krempkow/Aktas in diesem Band.

Außendarstellung dazu. Das ist nicht nur eine Frage des Geschicks in der Darstellung der Erkenntnischancen, sondern u.U. auch die Versuchung, die externe Seite zu täuschen – über die Attraktivität der Fragestellung oder die bereits vorliegenden Ergebnisse, auf die aufgebaut werden könne. Auch das bindet Zeit, die dem eigentlichen Prozess (Erkenntniserweiterung, Training für die Ergebnisverbesserung) verlorengeht. Die Förderprogramme bestehen zwar, aber der Wettbewerb wird immer intensiver – vom Antragsaufwand bis zur Begutachtung verbunden mit Zeitaufwand außerhalb der eigenen Forschung. Der Artikel von Peer Pasternack bietet hier – neben seinem eigentlichen Gegenstand – nähere Quantifizierungen. Für die kommenden Jahre sind Kürzungen der Förderprogramme angekündigt; das verschärft – noch dazu bei wachsendem Wissenschaftssystem – den Wettbewerb weiter.

Wettbewerb hat in der Wissenschaft eine lange Tradition. Hier ging es ursprünglich um Erkenntnissuche mit möglichst schnellen Ergebnissen. Es konnte sich um konkret gewünschte Ergebnisse handeln – etwa die von Rivalität bestimmte Suche nach der Rezeptur zur Herstellung künstlichen Goldes – oder um die Steigerung landwirtschaftlicher Erträge oder viel diffuser – um den Aufbau eines guten persönlichen Rufes, auf einer Reihe bemerkenswerter Ergebnisse basierend. Daran kann auch der Träger einer Hochschule ein Interesse haben.

Eine neue Dimension nimmt diese Suche an, wenn es um den guten Ruf ganzer Institutionen geht. Das ist immer dann der Fall, wenn in großem Umfang um externe Ressourcen konkurriert wird. Bei Einrichtungen, die von Studiengebühren abhängig sind, reicht diese Konkurrenz vom Mittelalter (z.B. der Universität Bologna) bis heute (z.B. der Universität Harvard). Das deutsche Hochschulsystem war ursprünglich damit nicht vergleichbar (Webler 1995).[12] Im Unterschied zu anderen Hochschulsystemen handelte es sich um ein lange Zeit rein staatliches Bildungsangebot. Das war gleichrangig gedacht. Dies einzuhalten, darauf legten die Mitglieder des Deutschen Reiches – heute die Bundesländer – als Träger der Universitäten großen Wert. Die vorhandenen, fachinternen Differenzen gingen oft auf lokalspezifische Personenkonstellationen zurück, die mit dem (meist altersbedingten) Ausscheiden von Lehrstuhlinhabern sich auch auflösen konnten. Die für Deutschland typische Leitidee der Einheit von Forschung und Lehre und die weitgehende Abschaffung von Studiengebühren in den späten 1960er Jahren hatten zur Folge, dass private Universitätsgründungen lange Zeit unfinanzierbar waren, weil dort Studiengebühren zu erheben nicht konkurrenzfähig war und weil die Forschung privat zu finanzieren zu teuer war. (Erst 1983 nahm die Universität Witten/Herdecke als erste deutsche Privatuniversität den Lehrbetrieb auf). Damit fehlte der Mechanismus, der z.B. zwischen den Hochschulen der USA (ohnehin ein traditionell vielfach privat und über Stiftungen finanziertes Hochschulsystem) zu einem untereinander konkurrierenden System mit großen Qualitätsunterschie-

[12] Die nachfolgenden Ausführungen bringen bekannte Vorgänge lediglich wieder in Erinnerung. Und stellen Zusammenhänge her. Da sie keine neuen Erkenntnisse widerspiegeln, müssen sie auch nicht im einzelnen mit Literaturangaben belegt werden. Es reicht für einen vollständigeren historischen Überblick zunächst: Webler 1995.

den geführt hat. Erst in den letzten 20 Jahren konnten mehr privat finanzierte Hochschulen in Deutschland Fuß fassen – kaum durch besondere Forschungsleistungen als durch besondere Studienangebote. Mittlerweile besuchen 12% der Studierenden private Hochschulen in Deutschland (Stat. Bundesamt).

Schon in Zeiten der Ordinarienuniversität mit ihren klassischen Lehrstühlen[13] gab es Wettbewerb um wissenschaftliches Renommée. Das wurde durch besonders glanzvolle Publikationen in besonders prestigeträchtigen Zeitschriften, durch die Zahl der Promotionen am Lehrstuhl und die Zahl auf Professuren berufener wissenschaftlicher „Schüler" begründet. In der jeweiligen Fachgemeinschaft war klar, wo der zu jenem Zeitpunkt in dieser Disziplin wissenschaftlich führende Lehrstuhl stand. Und es gab und gibt die nationalen und internationalen wissenschaftlichen Preise von Fachgesellschaften und Stiftungen und anderen Organisationen mit entsprechender Jury – allen voran der Nobelpreis – mit der die Fachgemeinschaften die ihr außerordentlich erscheinenden Leistungen anerkennen wollen. Auch Preise waren und sind kein Steuerungsinstrument ex ante, sondern eine Anerkennung ex post.

Dieser Normalität gegenüber gab es Vorhaben, die aus dem eigenen Haushalt, der eigenen Ausstattung heraus nicht zu verfolgen waren. Für diesen besonderen Zweck konnten schon seit langem befristet zusätzliche Mittel eingeworben werden – etwa bei der DFG. Dieser Vorgang der Erkenntnissuche und seiner Finanzierung war immer noch keine Entwicklung, die zu einer Hierarchie geführt hat. Immerhin mussten vorab – vor Beginn des Vorhabens – Gutachter:innen von der Relevanz und von der aussichtsreichen Anlage des Vorhabens überzeugt werden.

Motive zum Vergleich und Wettbewerb

Es gibt auch in diesem Aktionsfeld die beiden Gruppen von Motiven: A) intrinsische und B) extrinsische. A) sich an einer Aufgabe/Herausforderung zu erproben – z.B. im Gebirge einen Gipfel zu ersteigen. Dies ist allein das Ziel. Das Erfolgskriterium liegt dann allein darin, den Gipfel erreicht zu haben. Zu dieser Gruppe gehört auch das Phänomen des „Stolperns", der Irritation, die dann Neugier und die Suche nach Antworten auslöst. Das kann im vorwissenschaftlichen Alltag geschehen oder – mit entsprechenden methodischen Anforderungen – im Rahmen der Forschung. Dieser Weg gilt als klassischer Auslöser für Forschung. Aber selbst hier wird versucht, Aufstiegszeiten beim „Gipfelsturm" zu vergleichen und schneller zu sein als Vorgänger. Es geht nicht mehr um Natur und deren Erschließung, sondern um einen Wettbewerb mit rein menschlichen Kriterien. Solche Verschiebungen in der Sinngebung werden uns noch an vielen Stellen der hier versammelten Beiträge beschäftigen.

[13] Diese Lehrstühle hatten eine in den Berufungsverhandlungen ausgehandelte, stabile Ausstattung und waren eine Einheit mit autonomen Verwaltungsakten.

Und die Gruppe B) wirbt mit einem Vorhaben von vornherein um Anerkennung bei einem (Fach-)Publikum, womöglich aus Gutachtern, um ein knappes Gut zugesprochen zu bekommen, nämlich zusätzliche Forschungsmittel. Durch Knappheit entsteht – als Sachzwang oder von der Förderinstanz strategisch gewollt – ein Wettbewerb um die knappen Mittel. Die unausgesprochene Berufung darauf, dass knappe Mittel von vornherein nur den Besten zur Verfügung stehen sollten, lenkt zunächst davon ab, dass das öffentliche, staatlich finanzierte Hochschulsystem für seine Aufgaben nicht ausreichend ausgestattet wird. Denn prämiert wird, wer es am besten versteht, eine Aussicht auf exzellente Forschungsergebnisse aufzubauen – nicht, wer auch imstande ist, relevante Forschung erfolgreich durchzuführen. Da hier Auswahlentscheidungen auf den Einschätzungen von Gutachter:innen anhand des Antrags aufgebaut werden, ist keineswegs gewährleistet, dass der nachfolgende Forschungsprozess ebenso erfolgreich verläuft und zweit- und drittplazierte Anträge nicht zu vergleichbar guten Ergebnissen gekommen wären – wenn sie Gelegenheit dazu bekommen hätten.

Die Entscheidung über Förderanträge erfolgt nicht nur aufgrund der Qualität des Antrags. Da es sich naheliegenderweise um die Ankündigung von Ergebnissen in der Zukunft handelt, wird auch die Wahrscheinlichkeit geprüft, mit der die angekündigten (und attraktiven) Ergebnisse zu erwarten sind. Dabei wird die antragstellende Person und ihre bisherigen Erfolge angesehen. Hat sie erfolgreich, und wie oft hat sie erfolgreich geforscht? Hier spielt neben der Qualität des Antrags die Reputation eine wesentliche Rolle, die durch bisherige Forschung erworben worden ist.

Wie schon erwähnt, geht es beim Förderantrag zunächst nicht um ein Ergebnis (das ja noch nicht vorliegen kann), sondern darum, die Prognose für das zu erwartende Ergebnis so attraktiv wie möglich ausfallen zu lassen. Sich von vornherein auf das Ergebnis konzentrieren zu können, löst i.d.R. höhere intrinsische Motivation aus als die extrinsische durch das Streben nach Anerkennung. Sobald Ergebnisse vorliegen, geht es weiter mit der Suche nach Anerkennung. Aber es geht auch schon um eine möglichst gute Ausgangslage für den nächsten Versuch, Forschungsmittel für das vorausliegende Projekt zu bekommen. Hierfür wird eine Fülle von Strategien und Techniken ersonnen mit Zeit und Energie, die der Suche nach dem eigentlich gewollten Ergebnis verloren geht. Zum Teil entsteht auch eine immer breitere Palette von legitimen bis illegitimen Mitteln, deren Entwicklung, Kontrolle und Bekämpfung immer mehr Zeit beansprucht und von Forschung ablenkt.

In dem Beitrag von Peer Pasternack wird genauer darauf hingewiesen, dass es sowohl „Mechanismen innerwissenschaftlicher Konkurrenzanreize gibt (individuelle Reputationsmaximierung, Durchsetzung von Geltungsansprüchen für Deutungen usw.), als auch die wissenschaftsexterner Konkurrenzanreize (Projektmittelwettbewerb bzw. allgemeiner Wettbewerb um Ressourcen, Wettbewerb der Organisationen, formalisierte Leistungsvergleiche, leistungsorientierte Mittelvergabe usw.).“ Soweit handelt es sich noch um friedlichen Wettbewerb.

Aber der Drang, zu mehr Ressourcen zu gelangen, kann auch zu einem internen Verdrängungswettbewerb innerhalb von Hochschulen führen. Während es bisher um Mangellagen geht, für deren Milderung ausgewiesene und damit überprüfbare Indikatoren erzeugt werden, gibt es auch eine dunkle Seite von Wettbewerb. Denn von Fall zu Fall (und dem Eindruck nach immer öfter) geht es nicht nur um persönliche und institutionelle Reputationsmaximierung, sondern auch um Reputationsbeschädigung als Minderung, um andere Ansprüche auf das knappe Gut als unberechtigt oder weniger dringlich erscheinen zu lassen als die eigenen. Dies ist eine Dimension, die selten beleuchtet wird, aber künftig stärker transparent gemacht und bekämpft werden muss. Denn sie ist unfair, unwissenschaftlich und trifft die schwächeren Mitglieder bzw. Institutionen. Rationalität und Fairness sind eng benachbart. Die Vertretung eigener Interessen muss auf der Basis nachvollziehbarer, möglichst objektiver Argumente und transparenter Indikatoren erfolgen und nicht durch – je nach Intensität – abfällige Bemerkungen über (gar nicht geprüfte und vielleicht von den Akteuren auch gar nicht beurteilbare) Leistungen der anderen Seite, durch üble Nachrede bis Rufmord manipuliert werden. Solche Vorgänge sind nicht ganz neu – Interessen werden neu sortiert, wenn nebenan z.B. ein SFB beantragt werden soll, weil eigene Schwerpunktsetzungen dann mit Ressourcen der eigenen Hochschule weniger wahrscheinlich würden … Rivalitäten als Wettbewerbsform sind nicht zu vermeiden, dürfen in der Austragungsform aber nicht verwildern. „Die eigenen Interessen sind einem am nächsten“ darf nicht als Freibrief für die eingesetzten Mittel verstanden werden. Dafür zu sorgen, dass die Kooperationsformen fair bleiben, muss in der Hochschule als relevantes Ziel eingestuft und aktiv verfolgt werden. Eventuelle Zuständigkeiten, darauf zu achten, müssen ihrerseits auf ihren Aktivitätsgrad hin überprüft werden, denn diese Aufgabe ist konfliktreich und wird daher möglicherweise weniger intensiv verfolgt.

Entstehungszusammenhang verschärften Wettbewerbs in der Wissenschaft

Die Probleme sind noch besser zu verstehen, wenn ihr Entstehungszusammenhang betrachtet wird. Dabei sind die Handlungsebenen zu unterscheiden – die individuelle Ebene, die Fachbereichs-, die Hochschul-, die Hochschulsystemebene auf nationaler Ebene und EU-weit. Auf der individuellen Ebene gilt: Bis zum Ende der Ordinarien-Universität (in den meisten Bundesländern mit neuen Hochschulgesetzen 1968ff.) umfassten die Berufungszusagen als feste Ausstattung die jährliche Zuteilung derjenigen Mittel, die für die Professur und deren Fachgebiet typischerweise für Forschung und Lehre notwendig waren. Die „normale“ Forschung konnte also mit „Bordmitteln“ stattfinden. Externe Mittel wurden dann nur in Ausnahmefällen des Bedarfs an besonderen Personal- und Sachmitteln o.ä. eingeworben.

Diese Zusammenhänge werden dann verständlich, wenn daran erinnert wird, dass Berufungen (und damit auch Berufungszusagen) bis spät in das Ende des 20. Jhs. hinein von den zuständigen Ministerien der Bundesländer selbst ausgesprochen wurden. Mit jeder Berufung in eine neue Professur wuchs der Haushalt der einzelnen Hochschule um die Berufungszusagen als feste Zuweisung. Damit waren umgekehrt auch pauschale Kürzungen möglich.

Dieser Grad der individuellen Forschungsautonomie hatte den erklärten Vorteil, der eigenen Neugier hochmotiviert folgen zu können, aber vor allem zwei Nachteile: a) Teile der wissenschaftlichen Forschung konnten von Selbstzufriedenheit gekennzeichnet sein, begleitet von mäßigen Aktivitätsgraden. b) Doppelforschung kam zu oft vor, da zu wenig kollegialer Austausch als fester Bestandteil eingeplant war. Stattdessen war im Entstehungsstadium des Vorhabens eher die Vorstellung naheliegend, mit einer originellen Idee in eine Forschungslücke gestoßen zu sein (eine Vorstellung, die auch heute noch viele Zeitschriftenartikel kennzeichnet, die zur Begutachtung eingereicht werden). Diese Form der Ressourcenverschwendung sollte beendet werden. Abhilfe zugunsten der Qualität der Forschung wurde sich von einer Projektförmigkeit mit einer Kostenkalkulation sowie einem Zeit- und Arbeitsplan versprochen; dieser Qualität war auch das normale Begutachtungsverfahren bei einem Drittmittel-Antrag dienlich.

Also wurden in den 1970er Jahren die Berufungszusagen aus Mitteln der Länder drastisch zurückgefahren und zeitlich begrenzt, die Mittel für das Wissenschaftssystem in der Summe aber nicht gekürzt, sondern aus Bundesmitteln der DFG zugewiesen. Die Rivalität der Bundes- und Landeszuständigkeiten für Hochschulen und Wissenschaft – den Erfolgen nicht immer zuträglich – wurde hier sichtbar. Damit setzte eine weitere Stufe der Wettbewerbsprobleme um Forschungsmittel ein. Die Rede ist zunächst vom DFG-Normalverfahren, bezogen auf individuell gewählte Forschungsthemen. Mit den geringeren Bordmitteln war es verstärkt nötig (und politisch beabsichtigt), die eigene Forschung in Projektform zu fassen und bei Forschungsförderern (DFG oder Stiftungen) einzureichen. Da deren Mittel nicht in dem Maße gewachsen waren, wie die Lehrstuhlausstattungen zurückgefahren worden waren, entwickelte sich eine zunehmende Konkurrenz der Anträge in der Verteilung der insgesamt verfügbaren Fördersumme. Die Projekte standen thematisch noch kaum in einer direkten Konkurrenz miteinander, weil sie das gesamte Spektrum der Wissenschaft umfassen konnten. Ganz andere Konflikte (auch heftige Kontroversen um die Einengung individueller Forschungsfreiheit) wurden durch die Einführung der Programmförderung ausgelöst. Hier ging es um das Spannungsfeld zwischen Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die Summe der individuellen Themenwahl im öffentlich finanzierten Wissenschaftssystem deckte nicht ausreichend den gesellschaftlichen Bedarf. Also wurden Steuerungsmechanismen installiert, mit der Finanzierung als Anreiz. Von der Politik eingesetzte Kommissionen empfahlen seitdem Themengebiete zur Förderung (von ihnen mit besonderer Dringlichkeit eingestuft), die auch mit großen Fördersummen ausgestattet wurden. Hier entbrannte vor allem der uns heute beschäftigende Wettbewerb, gekennzeichnet durch Individualanträge im gleichen

Wissenschaftsgebiet, die nicht alle finanzierbar waren. Eine neue Qualität nahm die Entwicklung an, als die damalige Bundeswissenschaftsministerin Dorothee Wilms (eine Heidelberger Professorin) 1983 erklärte, die Hochschulen befänden sich von nun an ausdrücklich in einem (institutionellen) Wettbewerb untereinander. Damit brach sie mit dem bisherigen Konsens, das deutsche Hochschulsystem – zumindest dem Anspruch nach – als Einheit zu sehen, die auch gleichwertig zu entwickeln sei. Wegen der Zuständigkeit der Länder war dies ohnehin schwer zu realisieren und auf Fächerebene von den jeweiligen Stelleninhaber:innen (und deren Ausstattung) abhängig.

Immer wieder wird es notwendig, für forschungspolitisch aufgrund nationaler oder internationaler Entwicklungen notwendige Investitionen Standorte zu bestimmen. Damit treten die infrage kommenden Standorte in einen Wettbewerb miteinander. Hier sind Fehlentwicklungen nicht zu erkennen. Auch Planungen einzelner Hochschulen, bei sich Schwerpunkte zu bilden, wie es typischerweise für SFBs der Fall ist, lösen meist keinen Wettbewerb aus. Allerdings in der Summe der bundesweit überhaupt (neu) finanzierbaren SFBs entsteht Wettbewerb – nicht um den fachlichen SP, sondern um die Mittel.

Das änderte sich in den 1970er Jahren. Eine Reihe von Hochschulpolitikern war zu der Überzeugung gekommen, dass die deutsche Forschung zurück zu fallen drohte bzw. in Teilen internationale Standards nicht erreichte. Misstrauen gegenüber ihrer Leistungsfähigkeit breitete sich aus (Lauer 2024, S. 1).

Wie schon erwähnt, wurde eine Änderung beschlossen, die sich über ihre ersten Ziele hinaus als folgenschwer erwies. Ziel war es, über die Begutachtung im Antragsverfahren a) für diese Förderanträge Projektförmigkeit zu erzwingen, d.h., einen Ausweis der Forschungslage, der Forschungsziele und -methoden sowie einen Arbeits-, Zeit- und Kostenplan zu fordern; und b) durch diese explizite Ermittlung der Forschungslage das Risiko einer Doppelforschung einzuschränken. Das bewegte sich alles noch im Rahmen bisheriger, traditioneller Forschungsbedingungen. Drittmitteleinwerbung hatte es in der Wissenschaftsgeschichte immer gegeben – bis zu den 1920er Jahren mit der Gründung von Forschungsförderorganisationen – im 19. Jh. meist noch in der Gestalt von individuellen Gönnern.[14]

Damit konnte eine Steigerung des Niveaus der Forschung erreicht werden – bei voller individueller Wissenschaftsfreiheit. Die Wahl der Forschungsthemen, der -gegenstände lag völlig in der Hand der einzelnen Professor:innen. Aber ein Mangel kam immer stärker zum Vorschein: Die Summe der real stattfindenden Forschungsvorhaben entsprach thematisch nicht unbedingt dem gesellschaftlichen Bedarf – noch dazu in der Grundlagenforschung. Zwischen beiden gab es keinen Abstimm-Mechanismus. Also wurden innerhalb der DFG Kommissionen gebildet, die bestimmte Felder gesellschaftlichen Forschungsbedarfs in die Form von Förderprogrammen brachten. Die Programmförderung war geboren. Hier wurden

[14] Gemeint ist die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, gegründet 1920, die Vorgängerin der DFG, sowie der ebenfalls 1920 gegründete „Stifterverband der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, der heutige Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.

quasi Fördergelder ausgelobt für Wissenschaftler:innen, die bereit waren, Projekte in diesen Themenfeldern zu beginnen. Zweifellos handelte es sich um eine Strategie, die Themenwahl in der Wissenschaft in bestimmter Richtung anzuregen, also von außen zu steuern. Entsprechend erntete dieser Schritt, Fördergelder auszuloben und ihre Vergabe an thematische Zuordnungen zu binden, besonders in den 1980er/90er Jahren einen Sturm der Entrüstung. Hier handele es sich um einen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Dem wurde entgegengehalten, die Wissenschaft habe nicht nur Freiheit, sondern auch eine gesellschaftliche Verantwortung – und die werde bisher gesellschaftlich unzureichend wahrgenommen. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass die DFG in ihrem „Normalverfahren“ nach wie vor Mittel für freie Einzelforschungen zur Verfügung stelle.

Der Wandel der Rahmenbedingungen bestand dann darin, dass a) die Kürzung der Berufungszusagen die Professuren für aktive Forschung immer mehr in Projektantragsverfahren zwang, b) die dort verfügbaren Mittel (auch angesichts des Wachstums der Hochschulen) nicht mehr ausreichten, die selbst gewählte Forschung im bisherigen Umfang zu finanzieren und c) faktisch damit viele Anträge – von dieser Lage zunehmend gesteuert – in die gewünschte Programmrichtung gelenkt wurden. Und selbst dort waren die Mittel so knapp, dass eine aussichtsreiche Antragsstellung beinahe schon mit einem ganzen Vorprojekt vorbereitet werden musste.[15] Mit dieser Strategie der verstärkten Einführung des Knappheitsprinzips (Reduzierung der Berufungszusagen, Steigerung der Drittmittel) war also sowohl eine thematische Steuerung, als auch eine erhebliche Niveausteigerung erreicht worden. Die ersten Schritte der Steuerung durch Wettbewerb waren getan.

Einordnung in aktuelle wissenschaftspolitische Zusammenhänge

Spätestens seit dem Versuch, (Markt-)Modelle aus der Ökonomie auf die Wissenschaft und auf Hochschulen zu übertragen, hat sich eine lebhafte Kontroverse über die Übertragbarkeit solcher Modelle entwickelt. Insofern gibt es einen Fundus einschlägiger Literatur. Die einen sprechen von Förderung, die anderen von Nicht-Übertragbarkeit auf einen non-profit-sector und im Gegenteil: von Behinderung. Besondere Schärfe nahm die Auseinandersetzung an, als die „Exzellenz-Initiative“ (erstmals 2005/2006 ausgelobt) Spitzenforschung fördern und das ursprünglich als Einheit gedachte Universitätssystem weiter ausdifferenzieren und faktisch in Exzellenz-Stufen hierarchisieren wollte. Ursprünglicher Leitgedanke war der Plan, 1-3 Universitäten weltweit sichtbarer, ja sogar zu führenden Universitäten entwickeln zu können. In den Evaluationsergebnissen (dem Imboden-Bericht) wurden die Ziele deutlich relativiert, wobei nicht mehr das „ob“, sondern

[15] Die Universität Bielefeld z.B. hat jahrelang von deren zentraler Forschungskommission verteilte Mittel für solche Vorprojekte zur Verfügung gestellt.

nur noch das „wie“ im Mittelpunkt stand. Inzwischen sollten (auch durch den Einfluss der Bundesländer) 10 Spitzenuniversitäten entstehen sowie drei Förderlinien angelegt werden: Graduiertenschulen, Exzellenzcluster sowie Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung.[16] Mit diesen Förderlinien sollte auch eine gewisse Breitenwirkung in der Forschungsförderung erzielt werden. Aber ähnlich wie die Idee, die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser zu privatisieren (vorteilhaft für wen?), sind die Ideen von der Exklusivität (nur) einzelner Universitäten statt besserer Qualitätsentwicklung in der Fläche (für alle) nicht vom Tisch. Immerhin ist mit den Förderlinien ein Anfang gemacht.

Der vorliegende Band konzentriert die Argumente für eine breitere Entwicklung und prüft aus unterschiedlichen Perspektiven, was Wettbewerb in der Wissenschaft bedeuten kann. Der Band fasst den bisher gültigen Stand zusammen und bietet neue Argumentationen. Damit kann er wesentlich zu einer neuen Entscheidungsqualität beitragen.

Eine neue Qualität gewannen die Kontroversen um Wettbewerb durch die Interpretation der Hochschule als Unternehmen. Die jahrhundertealte Tradition, die Universitäten als kollegiale Zusammenschlüsse zu sehen (universitas magistrorum et scholarium), wodurch die Universitäten immer von unten nach oben gedacht wurden (Rektorate als Repräsentationen nach außen, aber kaum Leitungsfunktion nach innen), werden Hochschulen als Unternehmen von oben nach unten gedacht (mit Strategie- und Leitungsfunktion) und damit auch als Ganze wettbewerbsfähig. Dabei Rektorate nicht nur als Präsidien, sondern als Vorstände zu interpretieren wie bei einer Aktiengesellschaft (zeitweise insbesondere in Baden-Württemberg), stellte Geschichte und Selbstverständnis auf den Kopf.

Und wenn den Hochschulen die festen Haushaltszuweisungen erhöht würden? Bis in die frühen 1980er Jahre, bei geringerer Autonomie, mussten dann das Finanz- und das Wissenschaftsministerium anhand von Anträgen im Detail überzeugt werden, die die Hochschule als Ganze vorgelegt hatte. Dem waren interne Verteilungskämpfe schon vorausgegangen. Im Falle einer künftigen Reduzierung der Abhängigkeit von Drittmitteln durch erhöhte Haushaltszuweisungen würden sich die Rivalitäten noch stärker nach innen verlagern, als sie heute schon bestehen. Und sie werden an einigen Hochschulen und in einigen Gremien- und Leitungskonstellationen heute schon mit unfairen Mitteln (z.B. der Reputationsschädigung) geführt. Falls dort Ressourcen zugestanden werden, sind von Seiten, die geringere Chancen für eigene Vorhaben fürchten oder sogar eigene Kürzungen befürchten, Kommentare zu hören, wie „verschenktes/verlorenes Geld“, „Fass ohne Boden“, „was hilft uns heute, zu wissen, was Karl XY im Jahre 812 unterlassen hat?“; solche stammtischreifen Sprüche sind einer angeblich auf Rationalität gegründeten Einrichtung nicht würdig. Aber sie sind aus dem Hochschulalltag bekannt.

[16] Näheres unter https://www.dfg.de/foerderung/foerderinitiativen/exzellenzinitiative/

Verpflichtung der Fachgemeinschaften

Spätestens als Inhaber:innen einer Professur tragen die Beteiligten Mitverantwortung nicht nur für das Gebiet ihrer Professur, nicht nur für ihre Disziplin, sondern – selbstverständlich anteilig – auch für Entwicklungstrends und den Zustand des Wissenschaftssystems als solches. Das Mindeste, was erwartet werden kann, ist eine eigene Beteiligung an Fragen der Forschungsförderung und eindeutige Positionsbestimmung sowie gut wahrnehmbare Stellungnahmen. Gefälschte Laborwerte oder frisierte sonstige Daten der Empirie bis hin zu angeblichen Publikationen in Fake Journals und gefälschte bibliometrische Daten zeigen nicht nur eine bedeutende Schattenseite solcher Entwicklungen, sondern haben mit der unmittelbaren „Suche nach Wahrheit“, zumindest der Erweiterung menschlichen Wissens, nichts mehr zu tun. Das sind Folgen eines Systems, das einseitig extrinsische Motive zunehmend gefördert hat. Wenn damit angeblich (im Sinne der Ökonomie) Kostenbewusstsein gefördert sowie Effizienz und Effektivität gesteigert werden sollten, dann war vorhersehbar, dass damit auch Umgehungsstrategien ausgelöst werden würden.

Wenn im Rahmen des Wettbewerbs die Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis durch jedes Individuum nicht mehr ausreicht, für wissenschaftliche Qualität zu sorgen, sondern ständig (auch personell) wachsende Qualitätssicherungssysteme und -stäbe geschaffen werden, dann handelt es sich um teuere Ersatzhandlungen, die alle als Finanzbasis der eigentlichen Forschung verloren gehen. Um nicht missverstanden zu werden: Akkreditierungsverfahren, die Kontrolle ausreichenden Studienerfolgs (auch in Quoten) und statistische Dokumentationen sind unverzichtbar. Der Verfasser war selbst mit Einfluss am Aufbau solcher Evaluationsstudien in Deutschland beteiligt. Aber der Aufbau einer ganzen Qualitätsindustrie muss als teure Fehlentwicklung eingestuft werden. Derartige Funktionen an existierende Zentren, Institute u.ä. anzudocken wäre sinnvoller, weil diese Aufgaben (auch in den Personen) dann an Forschung und Entwicklung angeschlossen werden können.

Anmerkungen zur Wissenschaftsfreiheit und zu Steuerungsproblemen der Gesellschaft

In der Wissenschaftsgeschichte hat sich in Deutschland im Laufe des 18. Jhs. (besonders in der Entwicklung in Göttingen mit der Gründung der Universität 1737 und Eröffnung der Akademie der Wissenschaften 1754) die Einsicht durchgesetzt (nicht erst mit dem Amtsantritt Wilhelm von Humboldts 1806), dass Wissenschaft und Gesellschaft am meisten profitieren, wenn die individuelle Forschung frei gegeben würde (Webler 2008). Dass die Infrastruktur dafür bereitzustellen ebenfalls eine öffentliche Aufgabe sei, hat sich allerdings erst im Laufe des 19. Jhs. durchgesetzt (markant die Berufung Justus Liebigs 1824/25 an die Universität Gießen, verbunden mit einem erstmals von der Universität bereit gestell-

ten Laborgebäude). Bis dahin war Forschung überwiegend am Utilitarismus ausgerichtet, also am Nachweis ihres erwartbaren Nutzens für den Geldgeber. Diese Bedingung zu erfüllen gelang am leichtesten in anwendungsorientierter Forschung. Die Grundlagenforschung konnte den Beweis ungleich schwerer erbringen – jedenfalls kurzfristig, denn deren Praxisrelevanz stellte sich oft erst später heraus. Immerhin setzte sich bis zur Mitte des 19. Jhs. die Einsicht durch, dass eine freie Forschung der Gesellschaft am nützlichsten sei (weswegen sich die Wissenschaftsfreiheit weltweit das erste Mal im Verfassungsentwurf der Frankfurter Paulskirchen-Versammlung findet). Besonders mit dem Anwachsen der Grundlagenforschung und deren Ressourcenbedarf stellte sich aber die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen schärfer. Über die Möglichkeit der Auftragsforschung sowie über thematisch gewidmete Stiftungen konnte gesellschaftlicher Bedarf formuliert und finanziert werden. Aber das reichte offensichtlich nicht. Daher wurde zu Beginn der 1970er Jahre – wie bereits an anderer Stelle erwähnt – mit der Programmförderung (Förderung in einem von einer Jury formulierten thematischen Rahmen gesellschaftlichen Bedarfs) ein Anreiz geschaffen, sich über die Zufälligkeiten individueller Neugier hinaus mit gesellschaftlichen Problemlagen zu befassen. Diese Struktur der Förderung löste Konflikte um die evtl. eingeschränkte Wissenschaftsfreiheit aus, blieb aber erhalten, weil sie einen tauglichen Kompromiss zwischen beiden Prinzipien darstellte. Freie, nur der wissenschaftlichen Neugier folgende Forschung konnte in ein Gleichgewicht gebracht werden mit gesellschaftlich erwünschten Fragestellungen.

Die nachfolgenden Beiträge werden viele Antworten anbieten.

Literaturverzeichnis

Gieselmann, J. M. (2020): Motivation internationaler Professoren. Eine explorative Studie im Rahmen des akademischen Personalmanagements. Dissertation. Bielefeld.

Lauer, J. (2024): Vertrauen innerhalb der „organisierten Anarchie“ – die Bedeutung von Vertrauen für das Wissenschaftsmanagement an deutschen Universitäten. Dissertation. Bielefeld.

Webler, W.-D. (1983): Nicht von ungefähr … Zur Geschichte der deutschen Hochschule im Nationalsozialismus. Bielefeld.

Webler, W.-D. (1995): Geschichte des Hochschulwesens in der Bundesrepublik seit 1945. In: Huber, L. (Hg.): Tertiärbereich: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Enzyklopädie Erziehungswissenschaften, Band 10. 2. Auflage. Stuttgart.

Webler, W.-D. (2008): Zur Entstehung der Humboldtschen Universitätskonzeption. Statik und Dynamik der Hochschulentwicklung in Deutschland – ein historisches Beispiel. (Erstpublikation 1986). Bielefeld.